

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchgrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchgrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 176.

Dienstag, den 2. August

1910.

An die Bezahlung des am 1. August 1910 fällig werdenden 2. Termins Staatsgrundsteuer 1910 wird mit dem Bemerkten erinnert, daß nach Ablauf von 8 Tagen vom Fälligkeitsstermine an das **Verreibungsverfahren** eingeleitet werden wird.

Carlsfeld, am 28. Juli 1910.

**Der Gemeindevorstand.**  
Bauernfeind.

Auf das Jahr 1909 sind die **Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft** für das Königreich Sachsen durch Beschluß der Genossenschaftsversammlung auf 5,00 Pfennig für jede beitragspflichtige Steuerinheit festgesetzt worden. Es wird dies mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß das hiesige Unternehmerverzeich-

nis vom 3. August 1910 ab 2 Wochen im Gemeindevorstand — Rathaus, Obergeschloß, Zimmer Nr. 10 — zur Einsicht für die Beteiligten ausliegen wird.

Schönheide, am 30. Juli 1910.

**Der Gemeindevorstand.**

**Königliche Bauschule Plauen i. B.**

Das Unterrichtshalbjahr im Winter 1910/11 beginnt am **10. Okt. d. J.** Die Aufnahmeprüfungen, sowie die Nachprüfungen finden am **26. Sept. d. J.** früh 8 Uhr statt. Die Anmeldungen haben in vorchriftsmäßiger Weise in der Zeit vom **10. bis spätestens 20. Sept. d. J.** schriftlich zu erfolgen. Auskünfte und Anmeldebücher durch

die **Direktion der Kgl. Bauschule.**

Plauen i. B., am 1. August 1910.

## Die englische Verfassungsfrage.

Am Freitag hat sich das englische Unterhaus bis zum 15. November vertagt. In der letzten Sitzung hat der Premierminister über die Vetokonferenz, die bekanntlich eine Verständigung der beiden großen Parteien in der Verfassungsfrage anstrebt, den zahlreich versammelten Parlamentärsmitgliedern mitgeteilt, daß die Vertreter der Regierung und der Opposition in 12 Sitzungen einen großen Teil der Differenzen beseitigt hätten. Das Resultat ergebe einen solchen Fortschritt, daß nach Ansicht sämtlicher Mitglieder der Konferenz die Verhandlungen unbedingt fortgesetzt werden müßten. Von einer endlosen Fortdauer könne natürlich nicht die Rede sein, denn falls während der Sitzungen, die während der Parlamentsferien fortgesetzt werden, keine Aussicht für eine Verständigung vorhanden sei, die es ermöglichte, dem Parlament noch in dieser Tagung Kenntnis zu geben, so würde die Regierung die Konferenz abbrechen. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß Asquith die Hoffnung hat, vor Wiederzusammentritt des Parlaments sich über die Verfassungsfrage zu einigen. Eine andere Frage ist, ob dies auch tatsächlich gelingen wird. Man weiß, das die Gegenseite nicht unbedeutend sind, so daß es wenig sagen will, wenn tatsächlich ein Teil der Differenzen bereits beseitigt ist. Der Premierminister hat vor allen Dingen die Frage offen gelassen, wie weit die Konferenz gerade über die wichtigsten Punkte zu einer Verständigung gekommen ist. Nicht ohne Absicht wird Asquith seine gewundene, entgegenkommende und doch ziemlich nichtsfagende Erklärung abgegeben haben. Warum sollte auch der Ministerpräsident sich gegen eine Fortsetzung der Konferenz, und damit gegen eine Dinauschiebung des alten Zwistes zwischen Oberhaus und Unterhaus aussprechen, verlängert er doch damit das Leben der gegenwärtigen Regierung! Herr Asquith will seine Macht möglichst lange ausüben, zumal seine Stellung durch die Aufwärtsbewegung des Handels sich in letzter Zeit gebessert hat. Auch hat der Ministerpräsident eine große Stütze an König Georg, der die Konferenz gewünscht hat und deshalb sicherlich damit einverstanden sein wird, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Schließlich bleibt ja auch der Regierung des Herrn Asquith, wenn es zu keiner Einigung kommen sollte, nichts anderes übrig, die Entscheidung dem König zu überlassen. Der Premierminister dürfte dann dem Monarchen vorschlagen, zur Beseitigung des Widerstandes des Oberhauses eine ausreichende Anzahl neuer liberaler Peers zu ernennen oder vorher das Parlament aufzulösen unter Zuficherung des Peersschub, falls abermals eine liberale Mehrheit aus den Wahlen hervorgehen sollte. Man kann ohne weiteres annehmen, daß Asquith seine jetzige Erklärung im Unterhause im Einverständnis mit der Opposition abgegeben hat, denn auch die Konservativen werden den Wunsch haben, daß die Verhandlungen weitergeführt werden, um die ihnen günstige Situation ausnützen zu können. Sie rechnen ohnehin mit dem baldigen Zusammenbruch der liberalen Regierung und können deshalb den Dingen, die da kommen werden, mit Ruhe entgegensehen. Anders liegt die Sache mit den übrigen kleinen Parteien, der Arbeitspartei, den Radikalen und den Iren. Sie werden natürlich jede Gelegenheit benutzen, um der gegenwärtigen Regierung am Zeug zu flicken, aber ihre Macht ist doch nicht groß genug, als daß sie den Willen Asquith's durchkreuzen könnten. An der Konferenz selbst sind diese Parteien nicht beteiligt, sie werden also wahrscheinlich über das, was bisher erreicht ist, nur ungenügend informiert sein. Allerdings haben die Radikalen die jetzige Regierung bisher unterstützt, und zum großen Teil ist es ihnen zu verdanken, daß Herr Asquith noch Ministerpräsident ist. Immerhin wird Herr Asquith sich mit den

Radikalen gut halten müssen, denn wenn sie ihm die Gefolgschaft kündigen, ist es um seine Regierungsherrschaft geschehen. Das wird wohl auch der Hauptgrund sein, daß er über den bisherigen Verlauf der Vetokonferenz eine so beruhigende Erklärung abgegeben hat. Alles in allem ist die Verfassungsfrage nach wie vor in der Schwebe.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— **Rückkehr des Kaisers.** Der Kaiser trifft am 3. August, vormittags 10 Uhr, von Swinemünde kommend, in Stettin ein und nimmt die Parade über das Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. in Krowow ab. Sodann zieht Seine Majestät mit dem Regiment in die Stadt ein und frühstückt beim Offizierkorps. Die Abfahrt nach Berlin findet mit einem Sonderzuge um 2 Uhr statt. Die Ankunft in Swinemünde erfolgte am Sonnabend nachmittag 5 Uhr. Die Heimkehr des Kaisers dürfte die noch ausstehenden weiteren Neubestellungen höherer Beamtenstellen, namentlich im Reichskolonialamt zum Bollzug bringen. Der Reichskanzler und der neuernannte Staatssekretär begeben sich unverzüglich zum Monarchen.

— **Die angeblichen Abrüstungsvorschläge des Königs von Italien.** Die „Allg. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die Erzählungen über die angeblichen Abrüstungsvorschläge des Königs von Italien behaupten vielfach, daß Kaiser Wilhelm die Vorschläge abgelehnt habe. Demgegenüber kann auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle festgestellt werden, daß der König von Italien niemals mit Abrüstungsvorschlägen an unseren Kaiser herantreten ist, und daß ebensowenig Verhandlungen über eine solche Frage zwischen der deutschen und der italienischen Regierung geschwebt haben.

— **Reichstagsersatzwahl.** Bei der am Sonnabend stattgefundenen Ersatzwahl im zweiten württembergischen Reichstagswahlkreis (Ludwigsburg, Cannstatt, Marbach und Waiblingen) erhielt Fabrikant Dettinger (natl.) 9528, Redakteur und Landtagsabgeordneter Dr. Wolfen (Bauernbund) 4930 und Redakteur und Landtagsabgeordneter Kell (Soz.) 18705 Stimmen. Kell ist somit gewählt. Der Wahlkreis war früher durch den Nationalliberalen Dr. Dieker vertreten.

— **Die Nachfrage nach An siedlerstellen** in Posen und Westpreußen ist in diesem Jahre besonders stark, so daß nur der kleinste Teil der Restekontanten befriedigt werden kann. Der An siedlerkommission steht nicht so viel Land zur Verfügung als sie gebrauchen könnte, namentlich die Pachtstellen fehlen besonders. Groß ist der Zuzug von deutschen Bauern aus dem Westen nach dem Osten. Es scheint aber nicht genügend brauchbares Land vorhanden zu sein; denn es ist beabsichtigt, weiteren Staatsbesitz im Kreise Schwes und im Kreise Lissa zu parzellieren, auch ein Teil der Kennemannschen Besitzungen soll An siedlungs zwecken dienlich gemacht werden.

— **Die Ausübung des Züchtigungsrechtes** durch die Lehrer. Angesichts der Erörterungen, die ab und zu in der Presse über einzelne Züchtigungsfälle angestellt werden, dürfte es von Interesse sein, aus dem neuesten Jahresbericht des „Deutschen Lehrervereins“ zu erfahren, daß im vergangenen Jahre unter den mehr als 100 000 Mitgliedern nur 25 wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes angeklagt wurden. Von diesen wurden 11 freigesprochen, so daß also 14 Verurteilungen erfolgten. In 13 Fällen handelte es sich um Züchtigungen, die keinerlei schädliche Folgen für die Gesundheit der bestrafte Kinder herbeigeführt hatten, die aber von den Richtern für zu kräftig

befunden worden waren, in dem 14. Falle erachtete der Gerichtshof für erwiesen, daß die Verlesung eines Trommelfells von einem Badenstreich des Lehrers herrühre. Der objektive Beurteiler wird gegenüber diesen Zahlen zugeben, daß von einer Neigung der Lehrer zu Ausschreitungen auf dem fraglichen Gebiet nicht gut die Rede sein kann.

### Oesterreich-Ungarn.

— **Wien, 31. Juli.** Das Gerücht, das gestern in Berlin und Wien verbreitet war, daß die Verlesung eines Trommelfells von einem Badenstreich des Lehrers herrühre. Der objektive Beurteiler wird gegenüber diesen Zahlen zugeben, daß von einer Neigung der Lehrer zu Ausschreitungen auf dem fraglichen Gebiet nicht gut die Rede sein kann.

— **Graf Lehrenthal und v. Bethmann-Hollweg.** Graf Lehrenthal hat an den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg durch den Staatssekretär von Aiderlen-Wächter ein Schreiben gerichtet, in dem er seiner großen Befriedigung über den Besuch des Staatssekretärs Ausdruck gibt und mitteilt, daß er von den Besprechungen mit Herrn von Aiderlen-Wächter den besten Erfolg für eine weitere Befestigung der guten Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland erwarte.

### Rußland.

— **Petersburg, 30. Juli.** Zu der Zusammenkunft des Grafen Lehrenthal mit dem Staatssekretär v. Aiderlen-Wächter bemerkt die „Norwoge Brestja“: Der deutsche Diplomat erinnere in seiner psychologischen Veranlagung an den Fürsten Bismarck. Er werde die Interessen Deutschlands vorantreiben und sich nicht, wie die österreichische Presse versichern will, vor Lehrenthal bücken. Oesterreich habe in seiner Ostpolitik an Deutschland eine sichere Stütze gehabt, jedoch infolge der Verdrängung österreichischer Waren durch deutsche im nahen Osten großen Schaden gestiftet. Das Blatt ist gespannt, wer siegen wird, Staatssekretär von Aiderlen als Vertreter des gefunden Staatsegoismus oder Lehrenthals Routine. Die „Birschewija Wiedomosti“ äußern sich dahin, daß infolge der persönlichen Freundschaft Lehrenthals mit Aiderlen-Wächter Lehrenthals Plänen im nahen Osten weniger von Berlin aus gesteuert werden dürfte. Die deutsche Diplomatie werde sich besonders jetzt nach dem russisch-japanischen Abkommen für den nahen Osten interessieren.

### Belgien.

— **Brüssel, 31. Juli.** Die Belgischen Behörden beschäftigen sich bereits eingehend mit dem bevorstehenden Besuche des deutschen Kaiserpaars in Brüssel, welcher nunmehr endgültig in den letzten Tagen des Oktober stattfinden und 3 Tage dauern soll. Unter den Festlichkeiten, welche bei dieser Gelegenheit in Aussicht genommen worden sind, ist eine Galavorstellung in der Oper, sowie ein großartiges Nachfest vorgesehen. Schließlich soll noch eine Parade der Brüsseler Garnison und einiger aus der Provinz herangezogener Regimenter stattfinden. Ueber diesen letzten Punkt des Programmes ist jedoch endgültig noch nicht beschlossen worden. Die Arbeiten im königlichen Palaste zur Herstellung der Gemächer für das deutsche Kaiserpaar werden mit fieberhafter Tätigkeit betrieben. Das Kaiserpaar wird im Hauptflügel des restaurierten Palastes wohnen. Es soll ferner ein Empfang im Palaste des hier ansässigen Herzogs von Aehrenberg stattfinden, welcher bekanntlich Mitglied des deutschen Reichstages ist.

### Spanien.

— **Spanien und der Vatikan.** Die spanische Regierung hat, wie der Madrider Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus bester Quelle erfährt,